

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	08/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	16.07.2024
Zeit:	18:00 Uhr – 19.00 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser und Schlüchtermann Stadträte Katzenstein (ab 18.25 Uhr) und Konrad <u>FW</u> Stadträtin Erles Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtin Oppelt Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher Dilsberg</u> Andreas Erles
weiter anwesend:	Petra Polte (FB 1)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Streib, Weber, Weichert und Dr. Welter Stadtrat Schmitz
Urkundspersonen:	Stadträte Scholl und Wagner
Sachvortrag:	-----
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sondersitzung um 18:00 Uhr und begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher.

1: **Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen – Beschluss über die neuen Gebührensätze zum Kindergartenjahr 2024/2025**

1.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung aus der Gemeinderatssitzung vom 25.06. sowie der Widerspruch des Bürgermeisters gegen den gefällten Beschluss sind dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister informiert, dass diese Sondersitzung aufgrund seines Einspruchs zum vom Gremium gefassten Beschluss zu TOP 8 „Änderung der Gebührensatzung für die Kinderbetreuungseinrichtungen – Beschluss über die neuen Gebührensätze zum Kindergartenjahr 2024/2025“ aus der letzten Gemeinderatssitzung vom 25.06. nötig geworden sei. Den Widerspruch habe er damals direkt nach dem Beschluss bereits in der Sitzung mündlich angekündigt, am Tag darauf sei den Gemeinderäten der Widerspruch schriftlich zugegangen und auch das Landratsamt sei informiert worden. Was ihn in der Sitzung sehr irritiert habe, sei das Abstimmungsverhalten gewesen, nämlich mehr Enthaltungen als Stimmen. Es sei klar, dass man immer Gründe finde, um eine Erhöhung von Gebührensätzen abzulehnen, sei es die soziale Komponente, der Wunsch nach gebührenfreiem Kindergarten, der Sachverhalt, dass man die Erhöhung für zu hoch halte etc. – allerdings sei der Gemeinderat dazu verpflichtet, das große Ganze im Blick zu behalten. Bei einem kompletten Verzicht auf eine Erhöhung fielen im ersten Jahr ca. 74.000€ an Einnahmen weg, dies summiere sich über die nächsten 10 Jahre bei gerechneten 2% auf 810.000€, bei 3 oder 4% sogar auf 1 Mio. €, was auf lange Sicht einen immensen Schaden für die Stadt bedeute. Die aktuelle Haushaltslage sei prekär und auf die Haushaltsstrukturkommission kämen so oder so schon schwere Aufgaben zu. Grundsätzlich gelte die Regel, dass Kosten dort zu decken seien, wo sie entstehen. In Neckargemünd leiste man sich die Leitungsfreistellung und die Einstellung von Fachkräften. Bei weniger Einnahmen müsse zukünftig zwangsläufig an der Qualität gespart werden. Auch die Kirchen und andere Trägereinrichtungen seien von der Entscheidung betroffen, denn sie orientierten sich an den städtischen Gebühren. Entstehende Defizite in deren Betriebskosten würden wiederum an die Stadt weitergegeben. Herr Weiher sei aktuell leider im Urlaub, habe aber in der letzten Sitzung den Sachverhalt ausführlich erläutert. Die Verwaltung schlage daher heute erneut den Beschlussvorschlag vom 25.06. mit einer Erhöhung um 7,5 % vor.

Frau Polte ergänzt, dass die Kosten für die Kindergärten in jedem Fall entstehen. Auch wenn man die Gebühren nicht erhöhe, seien die Personalkosten und auch die Kosten für die Ausstattung mit Sachmitteln von der Stadt zu zahlen. Sie verstehe, dass es Kritik wegen der Personalprobleme gab. Tatsache sei aber auch, dass man die Infrastruktur vorhalten müsse und die Erzieherinnen würden ja auch bei Krankheit bezahlt. Wenn man die Kosten nicht bei den Eltern/Erziehungsberechtigten hole, dann müsse die Allgemeinheit es bezahlen.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad meint, dass die vielen Enthaltungen bei der letzten Sitzung der Tatsache geschuldet seien, dass man die Probleme seit Jahren vor sich herschiebe: die Gebäudesituation, die Personalsituation und die Gebührensituation. In den vergangenen Jahren, seit er dem Gremium angehöre, sei der Erhöhung dann immer knapp, aber holprig zugestimmt worden. Die Fraktion der Grünen sehe ein, dass etwas getan werden müsse und man schlage daher ein Format, etwa einen Runden Tisch, gemeinsam mit den Eltern, vor, damit die Probleme (Personal- und Gebäudesituation sowie Gebühren) nachhaltig geklärt werden könnten. Man erkenne die aktuell angespannte Situation wegen des Fachkräftemangels an, aber man möchte diese Themen geklärt haben.

Stadtrat Rehberger hinterfragt die Argumentation der Grünen. In der letzten Sitzung habe man die Ablehnung mit einer fehlenden Sozialstaffelung begründet. Hierzu verweise er auf das „Neckargemünder Modell“ für kinderreiche Familien. Wie aber sollte eine Sozialstaffelung nach Gehalt ungesetzt werden? Korrekterweise benötige man hierzu dann die Lohnsteuerjahresausgleichsbescheide der Eltern und intern Personal, das alles berechne. Herr Weiher bräuchte dann zusätzlich eine Vollzeitstelle, deren Kosten dann wiederum ebenfalls auf die Gebühren angerechnet werden müssen. Grundsätzlich würden ja bereits 80% der Kosten aus Steuergeldern gezahlt, die Elternbeteiligung an den Kosten lägen je nach Betreuungsform bei ca. 20%. Jetzt spreche man darüber, um 7,5 % zu erhöhen. Er stimme dem Bürgermeister zu 150% zu, dass aufgrund der aktuellen Finanzlage der Stadt erhöht werden müsse. Wie bekannt, sei er ein klarer Vertreter und Fürsprecher des beitragsfreien Kindergartens und habe sich diesbezüglich sowohl regional wie auch in Stuttgart mit den Entscheidungsträgern in Verbindung gesetzt. In seiner langen Zeit als Stadtrat bliebe dieser Punkt auf seiner Liste leider ungelöst.

Stadtrat Konrad sagt, er gebe Stadtrat Rehberger dahingehend Recht, dass die Grünen in der letzten Sitzung als hauptsächliches Gegenargument die Gebührenstaffelung genannt hätten. Andere Gemeinden in der Umgebung setzten diese übrigens bereits um. Man müsse nun endlich in einen Prozess kommen. Ein Gesprächsformat mit fachkundigen Leuten solle eine Lösung finden.

Stadträtin Oppelt sagt, dass die CDU-Fraktion sehr lange überlegt habe. Eltern sorgten für die Zukunft von Neckargemünd, weshalb man eine Erhöhung sehr kritisch sehe. Gerne schlage man nochmals, wie in der letzten Sitzung, eine Erhöhung um 3,5% vor. Die Kindergärten seien eine wichtige Bildungsstätte und man müsse dies auch in die Haushaltstrukturkommission mitnehmen.

Stadtrat Schimpf meint, dass er es als scheidender Stadtrat wie Stadtrat Rehberger sehe: Man müsse bedenken, was man den neuen Stadträten an finanziellen Spielräumen lasse. Man habe Herrn Weiher immer für seine Ausarbeitungen gelobt, aber würde da nun ein Bürgerrat wirklich weiterhelfen? Bei der letzten Sitzung habe er sich enthalten, heute werde er doch zustimmen.

Stadträtin Striegel meint, dass Gebühren und Qualität in keinem Zusammenhang ständen. Qualität lebe von der Arbeit der Erzieherinnen, die ihren Job gerne und gut machten. Und Eltern seien auch bereit zu zahlen, aber es müsse im Rahmen bleiben. Es könne nicht sein, dass man einen VÖ-Platz habe, für den man Vollzeit arbeiten müsse. Bei den für die Eltern kostenfreien Schulen hinterfrage auch kein Steuerzahler, dass er letztendlich mit seinen Steuergeldern hierzu beitragen müsse.

Stadträtin Groesser sagt, dass man aktuell eine besondere Situation habe: der Fachkräftemangel, verkürzte Öffnungszeiten, für die die Eltern dann doppelt zahlen müssten, weil sie alternative Betreuung in Anspruch nehmen müssten. Daher könne man nicht in diesem Maße (=7,5%) erhöhen, selbst wenn die Argumentation nachzuvollziehen sei. Der neue Gemeinderat möge sich zusammen mit dem neuen Bürgermeister gleich nach den Sommerferien zusammensetzen. Müsse es denn immer qualifiziertes Personal sein? Könnten Kräfte aus dem Ausland akquiriert werden, um den Personalmangel notdürftig aufzufangen? Und es sei ja auch nicht in Stein gemeißelt, dass man Gebühren nur zum Kindergartenjahr erhöhen könne. Evtl. solle man den Eltern bis zum 01.01.2025 Luft lassen.

Der Bürgermeister erklärt, dass man nicht über eine pauschale Erhöhung, und als maximale Erhöhung über 24€ pro Monat spreche. Bezüglich der Qualität habe der Gemeinderat die Leitungsfreistellung beschlossen, aber man könne diese Entscheidung auch wieder ändern und auf das gesetzliche Mindestmaß reduzieren. Die Qualitätsstandards würden in Neckargemünd, mehr als das gesetzliche Mindestmaß vorschreibt, erfüllt. Die Rechnung von Stadträtin Striegel könne er nicht nachvollziehen, dass bei einem VÖ-Platz von 324 € eine Vollzeitstelle nicht ausreichen solle. Außerdem wolle er daran erinnern, dass bei einer Ablehnung der Erhöhung durch den Gemeinderat nicht die Stadtverwaltung in der Pflicht sei, nach Einsparpotential zu suchen. Vielmehr müsse sich das Gremium hierzu Gedanken machen. Und wenn man noch eine Vollzeitstelle für die Ausarbeitung der Sozialstaffelung einstelle, dann müsse auch deren Gehalt noch aufgeteilt werden. Eine Erhöhung der Gebühren immer zum Kindergartenjahr mache Sinn. Einschränkungen beim Personal habe es gegeben, aber nicht so dauerhaft wie vorgetragen. In Waldhilsbach habe es eine besondere Situation gegeben, da kranke Kinder, die in die Einrichtung geschickt worden waren, die Erzieherinnen angesteckt hätten und in der Folge sechs Erzieherinnen krankheitsbedingt ausgefallen seien.

Stadtrat Hertel informiert, dass er sich nach der Diskussion in der letzten Sitzung weitere Informationen eingeholt hätte und anhand dieser könne man sich die Diskussion heute eigentlich sparen. Man habe die Gelder im Zuge der Haushaltsberatungen ja bereits in den Haushalt hineingeschrieben und dieses Haushaltsziel müsse jetzt erreicht werden, nachdem der Gemeinderat das dem Grunde nach schon beschlossen habe. Solch eine Vorgehensweise dürfe zukünftig nicht mehr passieren. Die Verwaltung müsse schon bei den Haushaltsberatungen informieren, welche Gebührenerhöhungen sie in ihre Ansätze einkalkuliere. Auch die Drohkulisse des Bürgermeisters missfalle ihm. 20% der Kostendeckung erfolge über die Eltern, 80% würde anderweitig finanziert. Über Millionenbeträge der kommenden 10 Jahre zu sprechen, sei nicht zielführend. Es fehle hinten und vorne an Geld vor allem für die Gebäudesubstanz, was eine große Diskussion erfordern werde. Hier müsse man auch Druck auf Landes- und den Bundesebene machen, denn Land und Bund hätten die Anforderungen nach oben gesetzt. Die Frage sei nun, wieviel man den Eltern zumuten könne.

Stadtrat Fritsch sagt, er sähe Einsparpotential im Haushalt. Er verweise auf die Diskussionen der vergangenen Jahre zur Staffelung der Gebühren oder zu privaten Trägeranbietern. Außerhalb von Neckargemünd seien die Erhöhungen nicht so drastisch geplant, in Rheinland-Pfalz die Kindergartenplätze sogar kostenlos. Man müsse sich mal überlegen, was das Gremium in den vergangenen Jahren für

Neckargemünds Kindergärten getan habe: ein Haufen Fachpersonal sei eingestellt, der Kindergarten in Kleingemünd neu gebaut worden. Könne sich der alte Gemeinderat das noch antun? Oder solle man die Entscheidung nicht besser mit dem neuen Gemeinderat frisch aufnehmen? Die Bürger seien finanziell am Anschlag. Das letzte Mal habe er sich enthalten, heute wisse er es noch nicht.

Stadtrat Konrad stellt fest, dass das Land in der Pflicht und der Verantwortung sei. Allerdings könne sich auch die Stadt nicht aus der Verantwortung nehmen. Die Stadtverwaltung sei in der Pflicht, jetzt eine Plattform zu finden, wo die Lösung erarbeitet werden könne. Man brauche auch eine Personalstrategie und müsse mit den Eltern sprechen.

Stadträtin Striegel sagt, dass die Eltern bei Gebührenerhöhungen sehr aufgebracht seien. Die Kita-Leitungen würden von diesen angesprochen. Bei einem Verdienst von 1.400€ netto für einen Halbtagesjob, da VÖ lediglich verlängerte Öffnungszeit bedeute und man für die Betreuung von 7.00 – 14.30 Uhr jetzt schon 324€ zahle. Da bliebe keine Chance für einen Vollzeitjob, aber die Gebühren stiegen und seien nur mit einem solchen noch zu bezahlen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Nennung des VÖ-Platzes von Frau Striegel gekommen sei. Zur Anmerkung von Stadtrat Hertel gibt der Bürgermeister zu bedenken, dass die Kostensteigerungen an Energie- und Personalkosten selbstverständlich in den Haushalt eingepreist werden müssten. Die Erhöhung um 7,5% sei landesweit vorgeschlagen worden. Er nehme zur Kenntnis, dass die Eltern sich bei den Leitungen beschwerten. Aber lehnten sie denn auch die Gehaltssteigerungen für das Fachpersonal ab? Man brauche sich nicht zu wundern, wenn es teurer werde, was den Kostensteigerungen geschuldet sei.

Stadtrat Wachert meint, man müsse es in Relation sehen. Bei 7,5% mehr, d.h. zwischen 19-24 € mehr pro Monat, würde eine Familie nicht gleich zusammenbrechen. Man könne sich gerne über die Zukunft unterhalten, aber jetzt müsse man der Erhöhung zustimmen. Außerdem gäbe es bereits Gespräche über Kooperationen in einem gemeinsamen Gebäude mit der Erhaltung der einzelnen Konzepte zwischen drei Kindergärten und dort somit auch die Bereitschaft, Geld einzusparen.

Stadträtin Groesser sagt, die Grünen seien nicht gegen eine Erhöhung, aber gegen das Rasenmäherprinzip und eben jetzt dagegen, weil die Leistung nicht stimme.

Der Bürgermeister widerspricht, dass die Leistung generell nicht stimme. In Waldhilsbach habe man ein Thema gehabt, dort sei die Betreuung an die Grenze gegangen. Das sei eben ein Problem kleiner Einrichtungen.

Stadtrat Dr. Rothe sagt, er erwarte von den Gremiumsmitgliedern die Nennung konkreter Einsparungsmöglichkeiten. Man müsse sich die Prognosen für das nächste Jahr vergegenwärtigen: man werde aufgrund der Zensusergebnisse 500.000€ weniger an Zuwendungen erhalten, die Kreisumlage werde steigen, die Fördersätze beim Integrationsmanagement würden gekürzt, man habe doch genug zu stemmen. Wo wolle man einsparen?

Stadtrat La Licata sagt, dass er Bildungsgebühren aus Gewissensgründen grundsätzlich ablehne. Das Land versage, wie solle man da einen gesetzmäßigen Haushalt aufstellen? Er bitte darum, abzustimmen.

Stadtrat Katzenstein findet, dass der Kindergarten im Wiesenbacher Tal sehr gut sei, aber beim Kindergarten Feuertor z.B. passe das Gebäude nicht und auch der Wegfall

des Gartens sei schwierig. Man müsse sich dringend zentral im Herbst zusammensetzen und auch über einen Nachteilsausgleich für kleinere Kitas, und solchen mit mehr personellen Ausfällen bzw. schlechterer Gebäudesubstanz nachdenken. Ein Versagen des Landes weise er zurück, die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes sei deutlich höher als bei manchen Kommunen. Auch sei der Bund in der Verantwortung.

Der Bürgermeister merkt an, dass die verbliebene Gartenfläche im Kindergarten Feuertor nach den gesetzlichen Vorschriften immer noch deutlich ausreichend sei. Die Betreuung dort sei fantastisch. Das Objekt sei seit 50 Jahren eigentlich nicht geeignet, aber man neige immer dazu, grundsätzlich alles negativ zu sehen. Eigentlich gehe es ganz hervorragend.

Stadtrat Wachert überlegt, dass beim Kindergarten „Rumpelstilzchen“ bei Personalausfällen Eltern einspringen würden. Es gäbe einen Notfallplan, ein Modell das funktioniere.

Stadträtin Striegel sagt, dass für so etwas die rechtliche Situation schwierig sei, denn die Eltern seien dem KVJS nicht gemeldet. Mit Herrn Weiher seien Notfallpläne erarbeitet worden und es gelte auch die Pausenzeiten einzuhalten.

Der Bürgermeister sagt, dass Qualität eben Geld koste.

1.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd lehnt die neuen Gebührensätze gemäß der vorliegenden Alternative (Erhöhung um 7,5%) mit acht Ja- zu 13 Neinstimmen, Rest Enthaltungen ab.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt anschließend in einer weiteren Abstimmung die neuen Gebührensätze gemäß der in der Sitzung erneut vorgeschlagenen Alternative (Erhöhung um 3,5%) mit 14 Ja- zu 7 Neinstimmen, Rest Enthaltungen.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt ferner, den beiliegenden Satzungsentwurf der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen mit den angepassten Gebührensätzen. Die Satzung soll zum 01.09.2024 angewendet werden. Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd spricht sich darüber hinaus für die Anwendung der Gebührenstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“ aus.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Scholl

Die Schriftführerin

Stadtrat Wagner